

Schönwetterpolitik und kleinkariert

Statement von Dr. Dagmar Enkelmann zur Sitzungswoche vom 28. Juni – 2. Juli 2010

Als die Wahl zum Bundespräsidenten am Mittwoch vorbei war, werden viele froh gewesen sein – vor allem die Kanzlerin, dass sie doch noch ihren Kandidaten mit Ach und Krach durchbrachte. Mit Gauck war SPD und Grünen ein Coup gelungen, die schwarz-gelbe Koalition wurde weiter beschädigt. Gaucks Verbalattacken vor der Wahl gegen DIE LINKE konnte man aber schwerlich als Werbung um die Stimmen linker Wahlfrauen und -männer interpretieren. Entsprechend fiel das Ergebnis aus. Die Chance, einen Bundespräsidenten Wulff zu verhindern, ist von SPD und Grünen weit vor dem Wahltag vergeben worden. Selbstherrlich hatten sie Gauck nominiert und DIE LINKE nur als selbstverständlichen Stimmenlieferanten betrachtet.

Bei weiteren Themen übt sich Schwarz-Gelb in Schönwetterpolitik. Abweichend von der vereinbarten Tagesordnung setzte die Koalition in dieser Woche eine Regierungserklärung von Wirtschaftsminister Brüderle durch. Mit der Konjunktur gehe es bergauf, heißt es. Zwar legte von Januar bis März 2010 – verglichen mit 2009 - das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 1,6 % zu, das bedeutet aber auch: Zum Vergleich zu 2008 steht beim BIP noch immer ein Minus von 5,3 % zu Buche. Das Wirtschaftsniveau von vor der Krise ist lange noch nicht erreicht.

Wie stabil der „Aufschwung“ bleibt, ist offen. Es könnte nur ein Strohhalm sein, vor allem, weil die Bundesregierung bis heute nichts aus der Krise gelernt hat. Nach wie vor orientiert sie sich am Export, in erster Linie bei der Autoindustrie. Das ist nicht nachhaltig. Auch der Binnenkonsum schwächelt. In den letzten Jahren sanken die Reallöhne. Das „Sparpaket“ senkt die Kaufkraft, ebenso die „Auflösung“ der Mittelschicht und die wachsende Armut, wie eine DIW-Studie zeigt.

Wenig ermutigend sind die Ergebnisse des G8-G20-Gipfels in Toronto. Die Bundesrepublik hat ihre unsoziale Schuldenbremsepolitik den anderen Staaten schmackhaft gemacht. Eine Regulierung der Finanzmärkte rückt in weite Ferne. Mit der Absage an eine Finanztransaktionssteuer gerät auch die schwarz-gelbe Haushaltskonsolidierung ins Wanken. Hilfreich wäre u.a. eine Orientierung an den USA. Dort müssen Banken Finanzprodukte künftig transparent handeln, Hedgefonds und die Spekulationslust der Banken werden beschränkt. Zur Regulierung der Finanzmärkte stehen in dieser Woche mehrere Anträge der LINKEN auf der Tagesordnung.

Dort ist am Donnerstagabend auch ein Antrag der LINKEN zu Gaza zu finden („VN-geführte Untersuchung des israelischen Angriffs auf den Gaza-Hilfstransport – Sofortige Aufhebung der Blockade“ (Drs. 17/2259). Zum selben Anliegen legen die anderen vier Fraktionen einen inhaltlich ähnlichen

Antrag zur Abstimmung vor. Beide Initiativen gehen auf eine von der LINKEN beantragten Aktuelle Stunde Mitte Juni zurück. Dort herrschte nicht nur eine nachdenkliche, sondern auch eine für den Bundestag selten einmütige Atmosphäre, in der u.a. der Staatssekretär Vorschläge der LINKEN unterstützte. Obwohl sich alle Fraktionen inhaltlich weitgehend einig sind, gibt es dennoch keinen gemeinsamen Antrag. Wieder einmal setzte sich die Union mit ihrem Unvereinbarkeitsbeschluss gegenüber der LINKEN durch. Und SPD wie Bündnis 90/Die Grünen nehmen diese Ausgrenzung kritiklos hin. Ein absurder Vorgang, kleinkariert und er kommt einem parlamentarischen Kindergarten gleich.